Anzug betreffend öffentliche Aufarbeitung der Geschichte illegalisierter migrantischen Familien mit Saisonnier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel

24.5160.01

Das 1934 eingeführte Saisonnierstatut erlaubte es den Gastarbeiter:innen aus Südeuropa, neun Monate pro Jahr in der Schweiz zu leben. Ihr Aufenthaltsrecht war direkt an eine bewilligte Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt gekoppelt. Viele dieser Arbeitsplätze waren auch im Kanton Basel-Stadt. Kinder von Gastarbeiter:innen durften nur währen einiger Monaten als Besuchende bei ihnen sein. Das führte zu leidvollen Trennungen: Die Kinder italienischer, spanischer, portugiesischer, ex-jugoslawischer und türkischer Eltern mussten entweder in ihrem Herkunftsland bleiben oder versteckt vor den Behörden in der Schweiz leben – weil ihnen die Schweiz keine andere Wahl liess. Ab den 70er Jahren wurde der Familiennachzug sukzessive erlaubt, wenn Saisonniers mittlerweile im Besitz einer Jahresaufenthaltsbewilligung B waren und nur, wenn es entsprechende bilaterale Abkommen mit den Herkunftsländern gab. Erst 2002 wurde das Saisonnierstatut abgeschafft.

Laut der im Jahr 2022 veröffentlichten Studie des Migrationshistorikers Dr. Toni Ricciardi gab es in der Schweiz allein von 1949 bis 1975 fast 50'000 versteckte Kinder aus Italien¹. Rechnet man all jene Kinder dazu, die bei Verwandten, meistens bei den Grosseltern oder in Heimen in Italien geblieben sind, muss von einer halben Million betroffener Kinder ausgegangen werden. Zahlen zu Basel existieren aktuell nicht. Die erzwungenen Familientrennungen waren traumatisch und enorm schmerzhaft für alle involvierten Familienmitglieder. Die versteckten Kinder von Gastarbeiter:innen erlebten eine verneinte Kindheit, geprägt von einem Leben im Untergrund. Dies führte zu einem illegalen Aufenthalt, was für die Kinder bedeutete, dass sie nicht die Schule besuchen konnten. Auch im Kanton Basel-Stadt wurde das Recht auf Bildung dieser Kinder über Jahrzehnte hinweg verletzt. Unter der damaligen Schweizer Migrationspolitik litten die Kinder, die in Isolation, Angst und Unsicherheit leben mussten. Darunter litten auch die Eltern, und sie tun es bis heute.

Der Verein Tesoro, der von Betroffenen der damaligen Schweizer Migrationspolitik im Jahr 2021 gründetet worden ist mit dem Zweck, die Interessen der Familienmitglieder zu vertreten, die vom Schweizerischen Saisonnierstatut (A) und Jahresaufenthaltstatut (B) betroffen waren, spricht in diesem Kontext von einem historischen Trauma. Der Verein Tesoro setzt sich für eine historische Aufarbeitung schweizweit ein, die zu einem veränderten kollektiven Gedächtnis führt. Denn was den Betroffenen passiert ist, ist Teil der neueren Schweizer Geschichte. Der Verein fordert zudem eine Anerkennung des Leids und eine Entschuldigung der Schweizer Behörden. Es ist angezeigt und an der Zeit, dass auch die Politik selbstkritisch dieses Stück Schweizer Vergangenheit aufarbeitet.

Die Unterzeichnenden fordern, dass der Kanton Basel-Stadt ein Projekt zur Aufarbeitung der Trennung und Illegalisierung von migrantischen Familien mit Statut A und B, die in Basel wohnten, lanciert und Massnahmen trifft. Der Kanton Basel-Stadt würde damit eine schweizweite Vorreiterrolle einnehmen. Die Aufarbeitung des Saisonnierstatuts und seiner Auswirkungen auf die betroffenen Kinder und ihre Familien, die in Basel lebten, ist bisher unerforscht. Dies soll und kann geändert werden.² Eine kantonsspezifische Aufarbeitung ist auch deshalb besonders wichtig, weil die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft schweizweit zahlenmässig die grösste Arbeitsmigration in den 50er, 60er und 70er Jahre aus Südeuropa hatten. Aufgrund des hohen Anteils an migrierten Menschen aus Südeuropa, die von der damaligen Migrationspolitik betroffen waren und noch heute in Basel leben, gibt es viele Zeitzeug:innen, die für die Aufarbeitung dieses Teils der Geschichte von Bedeutung sind. Zudem gibt es Quellen in öffentlichen Archiven wie etwa dem Staatsarchiv Basel-Stadt und dem Schweizerischen Sozialarchiv, die für die historische Aufarbeitung wichtig sind. Es gilt, durch eine klare Haltung der Transparenz und Zugänglichkeit von Quellen und Wissen dazu beizutragen, dass die Forschung die erlittenen Menschenrechtsverletzungen und das Leid der südeuropäischen Saisonniers im Zusammenhang mit dem verhinderten Familiennachzug und den Tausenden von versteckten Kindern im Kanton Basel-Stadt aufarbeiten kann.

Darauf basierend soll das Projekt als Hauptmassnahme einen kantonalen Bericht in Auftrag geben. Dieser Bericht soll auch Empfehlungen an den Regierungsrat formulieren betreffend einer adäquaten öffentlichen Haltung und allfällige weiteren durch die öffentliche Hand zu treffenden Massnahmen.

Die Auseinandersetzung mit der eigenen lokalen Vergangenheit ist zentral für die migrierten

Einwohner:innen Basels (die heute übrigens mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen) und für eine zeitgemässe historische und gesellschaftliche Positionierung der Stadt in einer globalisierten Welt.

Die Unterzeichnenden bitten daher den Regierungsrat:

- 1. ein Projekt "Historische Aufarbeitung der Trennung und Illegalisierung von südeuropäischen Familien mit Statut A und B im Kanton Basel-Stadt" zu lancieren.
- 2. als zentrale Massnahme des Projektes eine Studie zur Aufarbeitung der Geschichte südeuropäischer migrantischen Familien mit Saisonnier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basels in Auftrag zu geben.
- 3. im Anschluss Massnahmen im Bereich öffentliche Vermittlung zu ergreifen, die Aspekte des Berichts für die breite Öffentlichkeit verständlich und zugänglich aufbereiten und damit der Bevölkerung eine Auseinandersetzung mit der Geschichte illegalisierter migrantischen Familien mit Saisonnier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel ermöglichen.
- 4. Fachexpertise beizuziehen und dafür einen Projektbeirat mit Betroffenen und Zeitzeug:innen einzurichten, welcher den Kanton beim Projekt von der Definition des Auftrags für die extern zu vergebende kantonale Studie bis zur Umsetzung von allfälligen Empfehlungen und Vermittlungsmassnahmen berät.

Amina Trevisan, Christine Keller, Patrizia Bernasconi, Heidi Mück, Nicola Goepfert, Mahir Kabakci, Bülent Pekerman, Luca Urgese, Beda Baumgartner, Christoph Hochuli, Fina Girard, Nicole Amacher, Bruno Lötscher-Steiger

¹ Toni Ricciardi ist Historiker an der Universität Genf. Er hat im Rahmen eines Projekts des Nationalen Forschungsprogramms «Fürsorge und Zwang» die Fälle von italienischen Gastarbeitern untersucht, die bis zu 90 Prozent der Saisonniers ausmachten.
² Derzeit führt das Institut für Geschichte der Universität Neuenburg ein vom Schweizerischen Nationalfonds finanziertes Projekt durch, das unter dem Titel «Une socio-histoire des gens qui migrent: Les 'enfants du placard' (1946-2002)» das Thema in der Schweiz behandelt. Die Studie wird im April 2024 finalisiert. Allerdings bildet in dieser Studie die Rolle des Kantons Basel-Stadt keinen Schwerpunkt.